



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 7
19.02.2016

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>IfD Allensbach</i>	<i>GMS</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	-----------------------	------------	------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union zwischen 37 % und 33,5 %, SPD zwischen 25 % und 23 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
Allgemeine Lebenslage:	Bürger kritisch gegenüber Entwicklung im Land, gleichwohl hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland
Themen Bundesregierung:	Flüchtlingspolitik, Verschärfung des Asylrechts, Integration von Ausländern
Wichtigstes Thema:	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	IfD Allensbach² für FAZ	GMS³	FG Wahlen⁴ für ZDF
CDU/CSU	35 (-1)	35 (-)	33,5 (-1,5)	37 (-2)	36 (-1)
SPD	23 (-1)	24 (-)	24,0 (-1,0)	24 (-)	25 (+1)
FDP	6 (+1)	4 (-1)	7,0 (+0,5)	5 (-)	5 (-)
DIE LINKE	10 (+1)	10 (+1)	10,0 (+0,5)	10 (+2)	9 (+1)
B'90/Grüne	11 (+1)	10 (+1)	10,0 (+1,0)	9 (-1)	10 (-1)
AfD	9 (-1)	12 (-)	10,5 (+0,5)	11 (+2)	10 (-1)
Sonstige	6 (-)	5 (-1)	5,0 (-)	4 (-1)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	08.-12.02.	11.-17.02.	01.-11.02.	12.-17.02.	16.-18.02.

Die Union liegt bei GMS 13 (-2), bei forsa 12 (-), bei Emnid 11 (-), bei FG Wahlen 11 (-2) und bei IfD Allensbach 9,5 (-0,5) Prozentpunkte vor der SPD.

Die FDP liegt beim IfD Allensbach bei 7 %. Dies ist der höchste Wert seit August 2013.

Die Union liegt beim IfD Allensbach bei 33,5 %. Dies ist der niedrigste Wert, den das Institut Allensbach seit November 2011 gemessen hat.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	45 (+1)
Gabriel	14 (-2)
Erhebungszeitraum	08.-12.02.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 31 (+3) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

87 % (+1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (-1) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 49 % (-5) für Merkel und 12 % (+2) für Gabriel entscheiden.

39 % (-5) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 30 % (+4) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (21.02.2016)

² im Vergleich zur KW 4

³ im Vergleich zur KW 1

⁴ im Vergleich zur KW 4

Problemlösungskompetenz

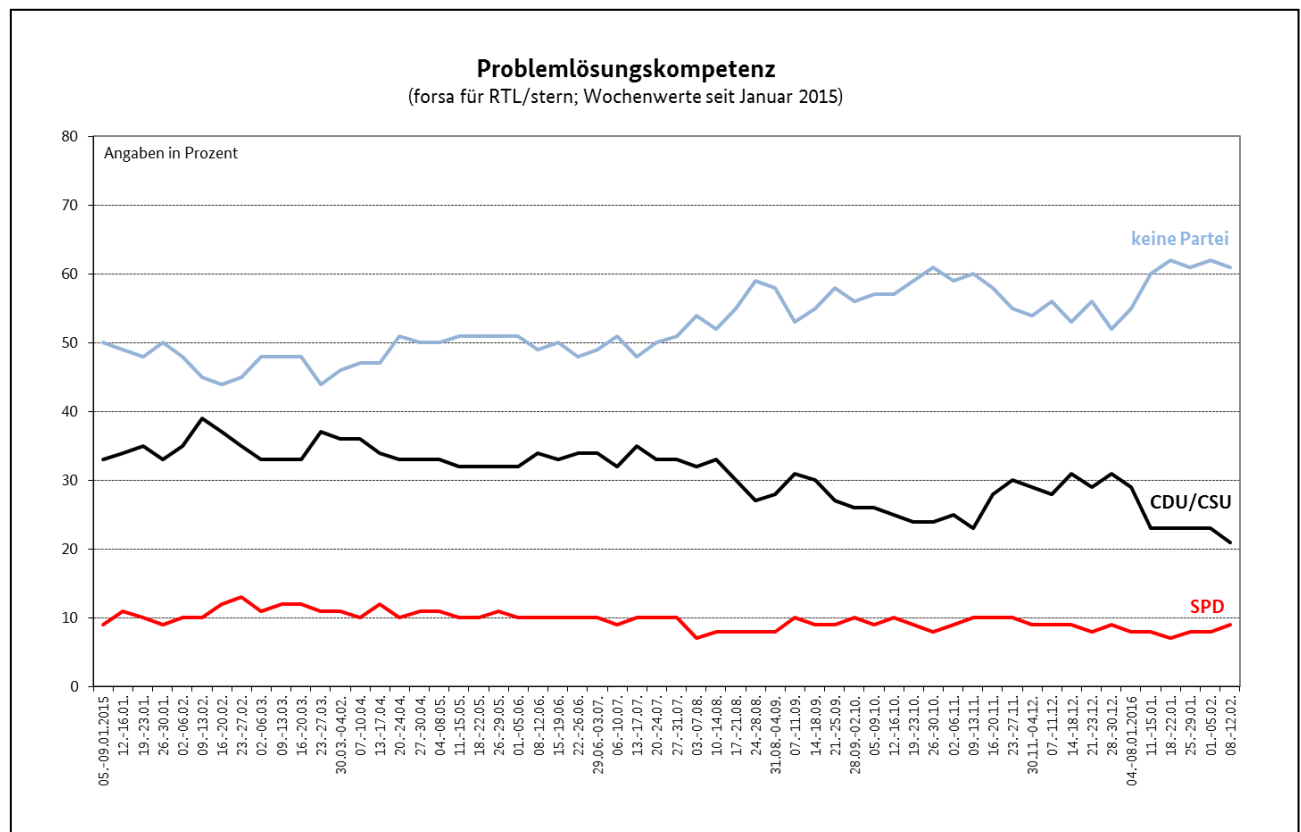
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
CDU/CSU	21 (-2)
SPD	9 (+1)
sonstige Parteien	9 (+2)
keine Partei	61 (-1)
Erhebungszeitraum	08.-12.02.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 12 (-3) Prozentpunkte vor der SPD.

61 % (-1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

56 % (-3) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 37 % (+7) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Februar 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Januar 2016

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	72 (+4)	25 (-5)	2 (+1)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	63 (-)	32 (+1)	4 (-1)	1 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	63 (+4)	31 (-5)	5 (+2)	1 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	61 (+2)	34 (-2)	5 (+1)	0 (-1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	60 (+6)	36 (-3)	3 (-1)	0 (-2)
Steuerlast gerecht verteilen	55 (+2)	38 (-1)	5 (-2)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	53 (+4)	35 (-6)	9 (+2)	2 (-1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	49 (-2)	39 (+1)	7 (+1)	4 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	49 (+1)	38 (-4)	9 (+2)	2 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	47 (+2)	45 (-1)	5 (-2)	3 (+2)
Gesundheitswesen modernisieren	41 (-2)	45 (+1)	12 (+3)	1 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	37 (+5)	46 (-4)	14 (-)	3 (-)
Staatsschulden begrenzen	35 (+4)	47 (-5)	15 (+2)	3 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	34 (-2)	51 (+3)	12 (+1)	2 (-1)
neue Technologien fördern	32 (+1)	52 (+4)	13 (-2)	2 (-3)
Verbraucherschutz stärken	31 (+4)	52 (-3)	13 (-2)	2 (-)
Energiewende zügig vorantreiben	30 (-)	48 (-)	17 (+2)	3 (-2)
für Preisstabilität sorgen	29 (+5)	50 (-7)	17 (+2)	2 (-1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	27 (+4)	54 (-5)	15 (+2)	3 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	25 (+1)	55 (+1)	17 (-)	2 (-2)
Erhebungszeitraum	10.-16.02.2016			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird von unter 30-Jährigen (79 %) als besonders prioritär angesehen. Personen mit hoher formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (79 % zu 65 %). Anhänger der AfD (62 %), der Linkspartei (66 %) und der SPD (67 %) sehen die Bildungspolitik unterdurchschnittlich oft als prioritär an. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit wird von Anhängern der AfD (77 %) und der Union (72 %) besonders häufig als sehr wichtig angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (69 % zu 58 %). Personen mit hoher formaler Bildung (56 %) sowie Anhänger der Linkspartei (38 %), der Grünen (44 %) und der SPD (50 %) sehen die Gewährleistung der inneren Sicherheit unterdurchschnittlich oft als prioritär an. Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von 50- bis 59-Jährigen (69 %) sowie von Anhängern der AfD (73 %) und der SPD (69 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (68 % zu 57 %). Anhänger der Union (54 %) sehen die langfristige Sicherung der Altersversorgung unterdurchschnittlich oft als prioritär an.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen Februar 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Januar 2016

Ernid für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	71 (-)	21 (+3)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	70 (+4)	26 (-1)
für Preisstabilität sorgen	68 (+2)	26 (-2)
neue Technologien fördern	67 (+1)	26 (+2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	64 (+1)	32 (+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	62 (-)	35 (+1)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	60 (-1)	37 (+1)
Energiewende zügig vorantreiben	58 (+1)	39 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	58 (-4)	39 (+5)
innere Sicherheit gewährleisten	58 (+2)	40 (-1)
Verbraucherschutz stärken	54 (-)	39 (-1)
Staatsschulden begrenzen	53 (-8)	42 (+12)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	52 (-7)	43 (+8)
Gesundheitswesen modernisieren	48 (+1)	48 (+3)
für bezahlbare Strompreise sorgen	46 (-6)	49 (+7)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	42 (-4)	56 (+6)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	41 (-)	54 (+4)
Altersversorgung langfristig sichern	37 (+1)	60 (+1)
Steuerlast gerecht verteilen	31 (-3)	66 (+6)
Zuwanderung von Ausländern regeln	31 (-)	67 (+2)
Erhebungszeitraum	10.-16.02.2016	

In 13 von 20 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut, insbesondere in der Wirtschaftspolitik (71 %) und bei der Vertretung deutscher Interessen im Ausland (70 %).

Im Politikfeld "Staatsschulden begrenzen" bewertet im Vergleich zum Vormonat ein um 8 Prozentpunkte geringerer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Auch beim Aufgabenbereich "Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern" ist der Anteil, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, um 7 Prozentpunkte gesunken.

Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

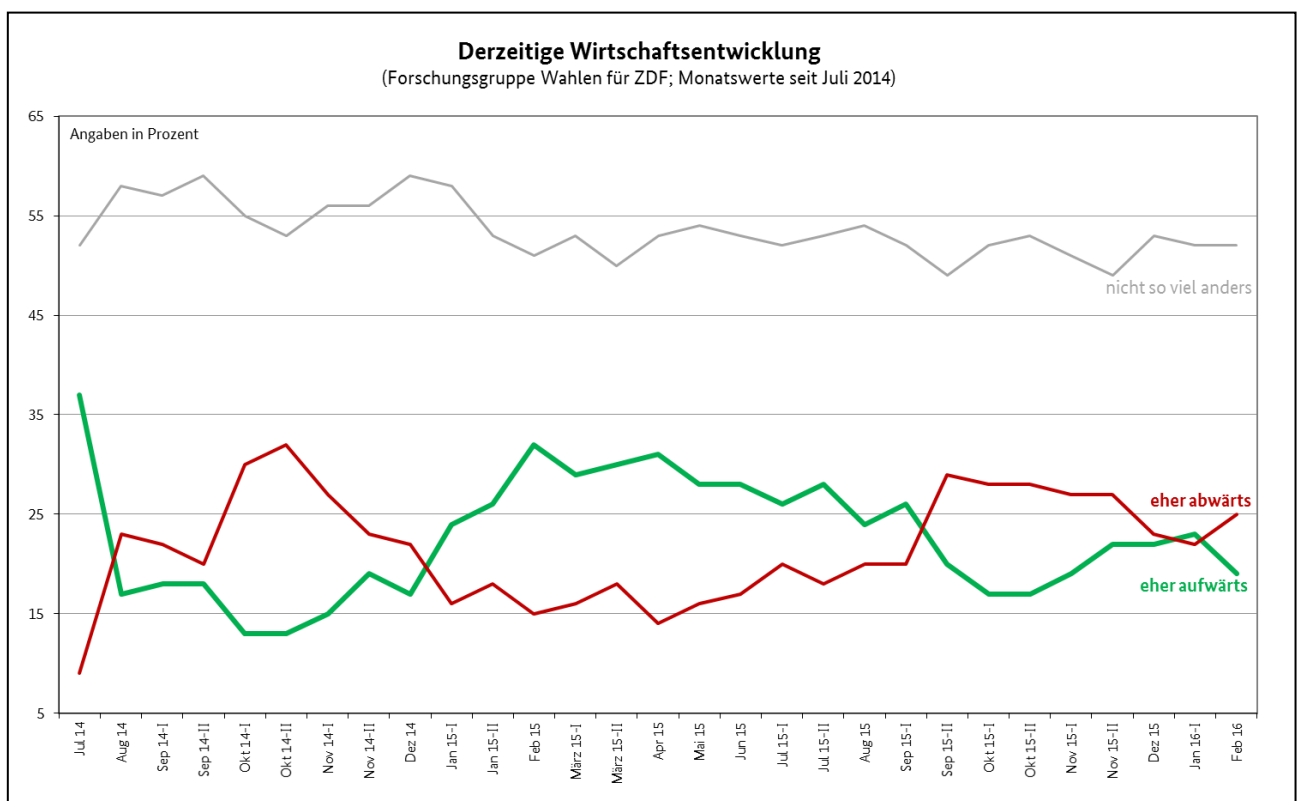
Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF	
eher aufwärts	19	(-4)
eher abwärts	25	(+3)
nicht so viel anders	52	(-)
Erhebungszeitraum	16.-18.02.	

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 2 verschlechtert.

Anhänger der SPD (26 %) und der Union (24 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend.

Anhänger der AfD (40 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.



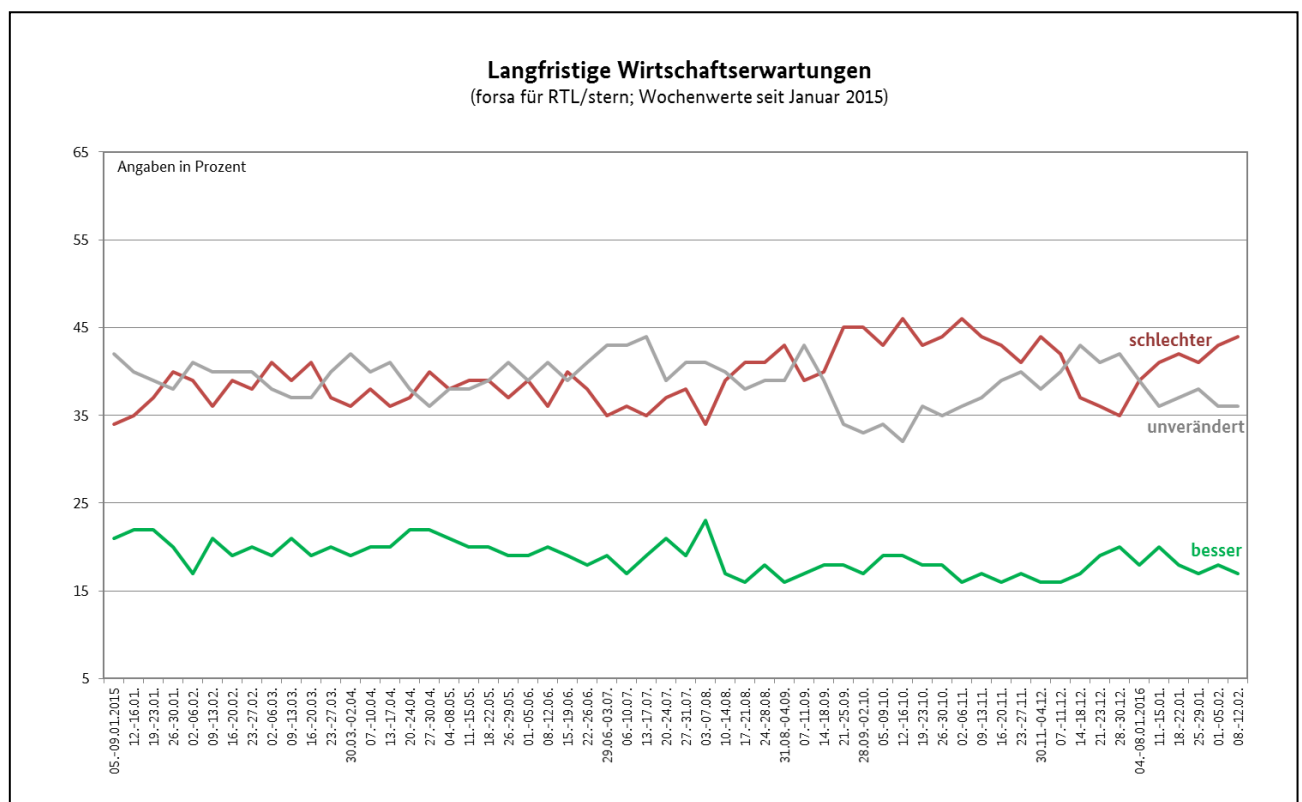
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	17	(-1)
schlechter	44	(+1)
unverändert	36	(-)
Erhebungszeitraum	08.-12.02.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 27 (+2) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	38 (-1)
eher in die falsche Richtung	52 (-1)
Erhebungszeitraum	08.-12.02.

Personen mit hoher formaler Bildung (43 %) sowie Anhänger der Union (57 %), der Grünen (52 %) und der SPD (49 %) meinen überdurchschnittlich oft, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht.

Für Geringverdiener (62 %), Personen mit mittlerer formaler Bildung (60 %) sowie für Anhänger der AfD (98 %), der Linkspartei (61 %) und der FDP (59 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.

Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

Wie zufrieden sind Sie ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
mit der Lebensqualität in Deutschland	86 (-1)	13 (-)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	67 (-1)	26 (+1)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	49 (-)	47 (-1)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	48 (+9)	51 (-9)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	37 (-2)	58 (+3)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	37 (-1)	60 (+1)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	35 (-)	60 (-)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	34 (-)	63 (-1)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	27 (+2)	68 (-1)
Erhebungszeitraum	08.-12.02.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (86 %) und der Lage am Arbeitsmarkt (67 %) (sehr) zufrieden. In sechs von neun Bereichen ist die Bevölkerung hingegen mehrheitlich weniger oder gar nicht zufrieden.

In Bezug auf die Zufriedenheit mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität und dem Schul- und Bildungssystem ist die Haltung der Bundesbürger ambivalent: Hier zeigt sich jeweils die eine Hälfte der Bundesbürger eher zufrieden und die andere eher unzufrieden. Mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität ist im Vergleich zur letzten Erhebung ein um 9 Prozentpunkte größerer Anteil der Bundesbürger eher zufrieden. Mehrheitlich zufrieden sind unter 30-Jährige (58 %), Personen mit formaler höherer Bildung (57 %) und Gutverdiener (54 %). Personen mit mittlerer bzw. niedriger Bildung (63 %), Personen mit geringem und mittlerem Einkommen (57 %) und über 60-Jährige (57 %) sind dagegen mehrheitlich unzufrieden.

Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

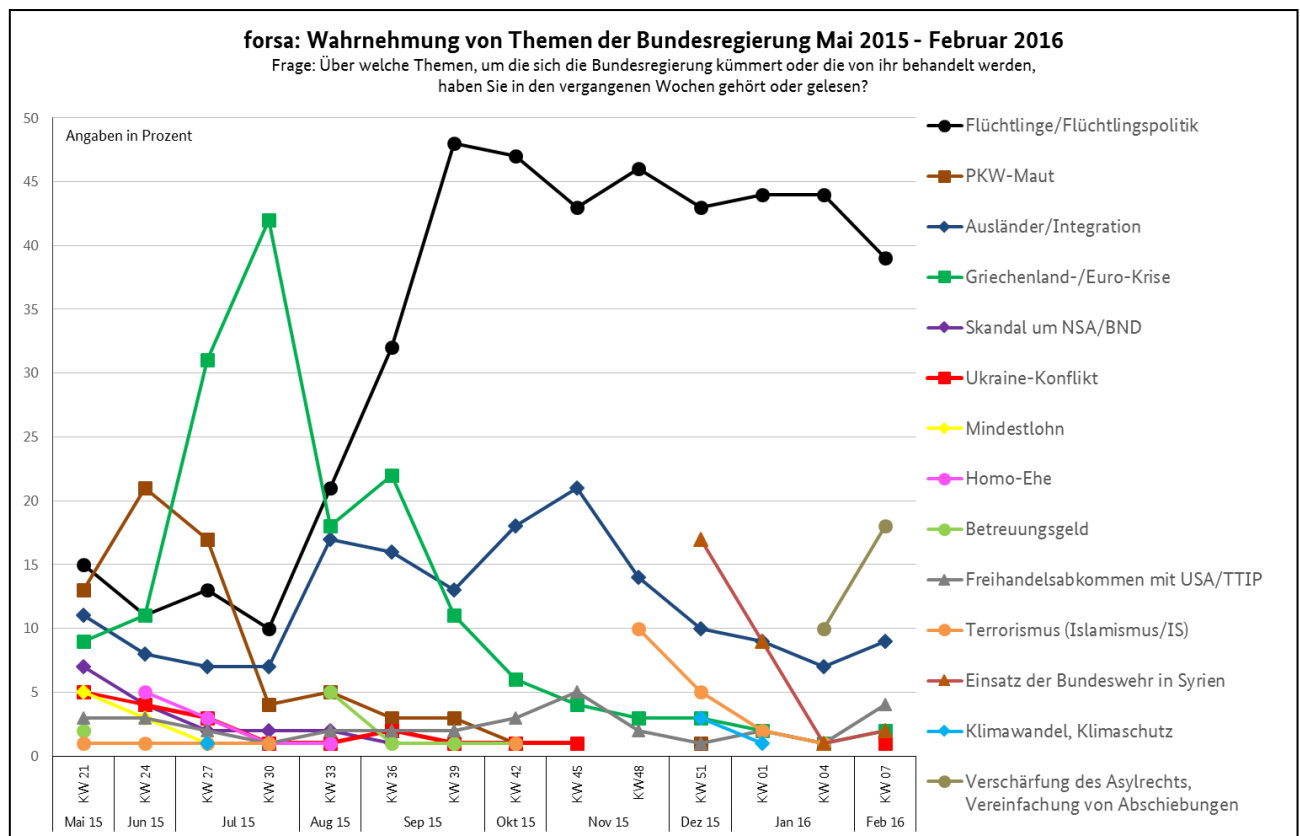
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

	forsa für BPA
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik	39 (-5)
Verschärfung des Asylrechts, Vereinfachung von Abschiebungen	18 (+8)
Ausländer/Integration	9 (+2)
Erhebungszeitraum	08.-12.02.

Die Flüchtlingspolitik, die Verschärfung des Asylrechts und die Integration von Ausländern sind die Themen, die die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Die Flüchtlingspolitik wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der FDP (46 %) genannt. Gutverdiener nennen das Thema häufiger als Geringverdiener (46 % zu 29 %).

Die Verschärfung des Asylrechts wird ebenfalls überdurchschnittlich häufig von Anhängern der FDP (26 %) sowie von Gutverdienern und 45- bis 59-Jährigen (jew. 23 %) thematisiert.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	67 (-1)
Bürgerkrieg im Irak und Syrien/Terrorgruppe "Islamischer Staat"/ Russlands Eingreifen in Syrien	13 (+9)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	10 (-3)
Zugunglück in Bayern	7 (+5)
Erhebungszeitraum	15.-16.02.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik.

Überdurchschnittlich häufig sehen über 60-Jährige (72 %) sowie Anhänger der Grünen (82 %), der SPD (76 %) und der AfD (73 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche. Personen mit hoher formaler Bildung nennen das Thema häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (73 % zu 61 %). 30- bis 44-Jährige (61 %), Ostdeutsche und Männer (jew. 62 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

Der Bürgerkrieg im Irak und Syrien bzw. die Terrorgruppe "Islamischer Staat" wird überdurchschnittlich häufig von Personen mit hoher formaler Bildung (18 %) genannt.

